

De la Rúa fordert Unterstützung

Treffen mit US-Präsident Clinton und IWF-Chef Köhler / „Alles in Ordnung“

Präsident Fernando de la Rúa hat während seines ersten USA-Besuches vom Internationalen Währungsfonds Unterstützung für seinen zu Hause umstrittenen Sparkurs erhalten. Während der Präsident in Washington „offene Märkte“ forderte, zeigte sich der deutsche IWF-Präsident Horst Köhler mit der Wirtschaftspolitik der de la Rúa-Regierung zufrieden. „Alles ist in Ordnung“, sagte Köhler am Dienstag nach einem Arbeitsfrühstück.

Höhepunkt des dreitägigen, von Wirtschaftsfragen geprägten Besuches war jedoch am selben Tag ein Treffen mit US-Präsident Bill Clinton. In herzlicher Atmosphäre dehnten die beiden Staatsmänner das laut Protokoll auf zehn Minuten beschränkte Gespräch auf fast vierzig Minuten aus. „Herr Präsident, was kann ich tun, um unsere Beziehungen zu verbessern?“, fragte Clinton. De la Rúa, die Gelegenheit wahrnehmend, antwortete: „Unser Ziel ist es, dass internationale Institutionen mit Ländern wie Argentinien in Zukunft einen verständnisvolleren Umgang pflegen.“ Hierzu bedürfe es jedoch der Versicherung seitens der USA, dass „sie immer da sind,



De la Rúa und Clinton während ihrer Unterredung im Oval Office des Weissen Hauses.

(AP-Funkbild)

wenn wir sie brauchen“, so forderte de la Rúa in Zukunft mehr Unterstützung durch die Supermacht. Beim anschließenden Mittagessen im Weißen Haus empfahl Clinton de la Rúa, im Rahmen der Bemühungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen die Deregulierung des Luftverkehrs mit den USA und die Abschaffung bestehender Flugfrequenzen. Dennoch gab man sich

in argentinischen Verhandlungskreisen euphorisch. De la Rúa versicherte dann auch, er rechne hierbei mit Investitionen in Höhe von insgesamt 20 Milliarden Pesos.

Zuvor hatte sich de la Rúa im Sitz des Internationalen Währungsfonds mit dem deutschen IWF-Präsident Horst Köhler getroffen. Dieser lobte nach der Unterredung ausdrücklich die argen-

tinische Wirtschaftspolitik. „Ich unterstütze das argentinische Wirtschaftsprogramm“, auch zeigte sich Köhler mit dem Sparpaket der de la Rúa-Regierung zufrieden. Dies werde sich in konkreten Entscheidungen für Argentinien niederschlagen. Am Montag habe er den Bericht von Argentinien-Prüferin Teresa Ter Minassian über die jüngste Entwicklung der Wirtschaft erhalten, sagte Köhler. Das Direktorium des FMI könne nun die angekündigten Zusagen hinsichtlich der Erleichterung bei der Schuldentilgung genehmigen.

Zum Abschluss des Besuches am Mittwoch forderte de la Rúa den Abbau von Handelsschranken auf Importe aus Argentinien. „Wir wollen offene Märkte“, sagte der Präsident vor rund 400 US-Unternehmern, bevor er drei bilaterale Abkommen zur Bekämpfung der Korruption, für den Schutz von Nationalparks und für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Informationsaustausch über Satelliten beider Länder antzeichnete. Von Washington flog de la Rúa am Mittwoch nach Kolumbien. In Cartagena de Indias nahm er am Donnerstag am Gipfeltreffen der Río-Gruppe teil.

Hauptrolle für PJ-Senatoren

Zur Debatte steht die soziale Konzertierung im Kongress

Die justizialistischen Senatoren wollen eine Hauptrolle bei der sozialen Konzertierung im Nationalkongress spielen. Dies gaben mehrere Mitglieder der von Augusto Alasino aus Entre Ríos geführten Senatsfraktion zu verstehen, die dies auch dem Kabinettschef Rodolfo Terragno mitteilten.

Im Rahmen dieser Strategie zeigten sich als „Vorkämpfer“ Antonio Cafiero (Provinz Buenos Aires), Eduardo Menem (La Rioja) und Ricardo Branda (Formosa). Alle drei Senatoren erklärten gegenüber Terragno, als dieser seinen Zweimonatsbericht im Senat erstattete, ihre Bereitschaft zur Eröffnung eines Dialogs und eines politischen „Waffenstillstands“ mit der Exekutive. Menem und Branda begleiteten Präsident Fernando de la Rúa unter der Woche gar bei dessen erstem offiziellen Besuch in Washington.

Der Aufenthalt in den USA stellte auf dem Weg zu einer Konzertierung eine außergewöhnliche Gelegenheit für den Dialog zur Erreichung dieser parlamentarischen Konzertierung dar. „Schaffen wir eine Konzertierung im Parlament! Geben wir die Suche nach versteckten Enklaven oder konzeptuellen Zufluchten mit dem Ziel auf, irgend einen Vorteil für uns oder für die Partei zu erreichen! Der Peronismus tritt dafür ein

und wird dies auch weiterhin“, erklärte Cafiero unterdessen in Buenos Aires nach einer Sitzung zum Thema, bei der bereits Anzeichen eines Einverständnisses zwischen Regierungspartei und Opposition spürbar waren. Mehr als deutlich war in diesem Zusammenhang die diplomatische Infragestellung der Sparmaßnahmen der Regierung durch Alasino. Die Initiative der Senatoren der Opposition wurde von Terragno unmittelbar begrüßt. Der Kabinettschef bezeichnete die Eröffnung eines politischen Dialogs als „notwendig“ und unterstrich, dass der „Ort der Diskussion der Kongress“ sei. Zuvor war bereits eine gleichlautende Erklärung des Vorsitzenden des UCR-Nationalkomitees, Raúl Alfonsín, erfolgt.

Auch Ex-Präsident Carlos Menem gab sein umfassendes Einverständnis und forderte den „Einsatz von Kreativität für den Fortschritt“. „Der Peronismus ist bereit zu helfen, wenn es klare Spielregeln gibt. Hören wir auf, zu beschuldigen, mit den Verfolgungen und den Abwertungen“, sagte Menem. Noch direkter war Branda, der für gewöhnlich getreu den Willen der Fraktion der Opposition wiedergibt. Er bat Terragno um die Weitergabe einer Botschaft, nämlich „dass der Präsident der Nation auf den Kongress vertrauen soll, wenn er die Geschicke des Landes lenkt“.

Generalstreik als Verhandlungspfand

Der Generalstreik, den die offizielle und die rebellische Gewerkschaftszentrale CGT für den 9. Juni einberufen hatten, wurde von den Organisatoren als Ausdruck des Protestes der Arbeitnehmer gegen das wirtschaftspolitische Modell ausgelegt. Rebellenchef Hugo Moyano, seines Zeichens Lastwagenfahrer, hütete sich in seinen Aussagen, die Legitimität der gewählten Regierung Präsident de la Rúa anzuzweifeln, wogegen er in seinen Verkündungen die Wirtschaftspolitik schlechthin ins Visier nahm, weil sie angeblich das Volk verarmt, Gehälter kürzt und für die Kindersterblichkeit verantwortlich zeichnet. Das landesübliche Gewerkschaftsargument, nach dem die Arbeitnehmer durchweg Hunger leiden, wurde mehrmals vorgetragen, wiewohl es sich mit dem Anblick der wohlernährten Gewerkschaftsbonzen, im Volksmund als „die Dicken“ bekannt, keinesfalls zusammenreimt.

Der Streik war weitgehend erfolgreich, indem zahllose Arbeitnehmer nicht zur Arbeitsstelle erscheinen konnten, weil der Personenverkehr versagte. Das beruhte wiederum keinesfalls auf der Streikbereitschaft der Busfahrer, sondern auf handgreifliche Überfälle auf hunderte von Omnibussen am Vortag, mit denen die Businhaber verunsichert wurden. Die Vehikel stellen ihr Arbeitskapital dar, das sie nicht aufs Spiel setzen, wenn Gewalt droht. Bei früheren Generalstreiks war es mehrmals geschehen, dass Busse tätlich angegriffen, beschädigt oder gar verbrannt wurden. Den Kapitalschaden und die entgangenen Leistungen machen Versicherungsleistungen keinesfalls wett.

Auch in Neuquén und anderen Orten fanden sich kleine Gruppen beruflicher Radaubröder zusammen, die verummumt gegen bestimmte Objekte losschlugen, Häuserfronten beschädigten, Fensterscheiben einschlugen, Feuer anzündeten und Arbeitsgeräte zerstörten. Das Fernsehen strahlte diese vandalischen Taten aus. Nur die Polizei blieb im Abseits. Gouverneur Jorge Sobisch von Neuquén erklärte, seine Polizei werde keinerlei Repression üben. Wer schützt dann die unschuldige Bevölkerung vor solchen Gewalttaten? Wofür werden Steuern bezahlt, wenn der Staat, lies Provinzregierungen, Bundespolizei oder Grenzschutz, nicht eingreift, weil Gesetze verletzt werden und gewaltiger Schaden angerichtet wird?

Gegen Gewalt und Erpressungen ist niemand gefeit. Insofern ist es belanglos, ob mehr als 80 Prozent der Arbeitenden, wie es die Gewerkschaftsbonzen behaupten, oder nur knapp über 50 Prozent in der Sicht der Regierung am 9. Juni der Arbeit fern blieben. Arbeitnehmer und Selbständige wurden von den Bonzen, die den Generalstreik ausriefen, nicht gefragt. Laut Umfragen war die Mehrheit dagegen. Die Wirtschaft büsste Leistungschöpfung ein, die auf hunderte von Millionen Pesos geschätzt wurde, viele Arbeitnehmer mussten die Lohnkürzung des nicht gearbeiteten Streiktages hinnehmen und ganz Argentinien büsste Image im Ausland ein, wo die Sorge um die Zahlungsfähigkeit des Schatzamtes rumort. Argentinien war am 9. Juni etwas ärmer geworden.

Die Kampfansage gegen die Wirtschaftspolitik schlechthin, lies das Konvertibilität genannte Wirtschaftsmodell, zielt auf die Gehaltskürzungen der Staatsverwaltung ab. Dass gleichzeitig Renten von arbeitsfähigen Exbeamten der Provinzregierungen unter 60 Jahre auch gekürzt wurden, verschwiegen die Bonzen, die selber stets Pfründen geniessen und daher wissen, dass darüber nicht geredet werden soll, zumal seit die Öffentlichkeit durch pausenlose Antikorruptionspropaganda sensibel auf solche Zustände reagiert.

Mehrere Millionen arbeitswillige Menschen in den Streik zu schicken, weil 140.000 Beamte Gehaltskürzungen hinnehmen müssen, ist entschieden eine groteske Streikbegründung. Es geht den Gewerkschaftsbonzen sicherlich weniger um die Beamtengehälter und Pfründenrenten, als vielmehr um die eigene Kasse. Zusammen mit dem Sparpaket hat die Regierung de la Rúa bekanntlich den politisch mutigen Schritt gewagt, den der Vorgänger Menem nur sehr beschränkt gegangen war, indem ab Januar 2001 die freie Option aller Arbeitnehmer gelten soll, zwischen gewerkschaftlichen und privaten Krankenkassen optieren zu dürfen. In der Folge fliessen die Lohnbeiträge von rund 8 Prozent derjenigen Kasse zu, für die man sich entschieden hat, gleich ob sie einer Gewerkschaft wie bisher oder einer privaten Krankenkasse, genannt „pre-paga“, gehört.

Diese grundlegende Deregulierung der pflichtmässigen Krankenversicherung wird sicherlich zahllose Arbeitnehmer, die mit den Diensten ihrer Gewerkschaftsrankenkasse unzufrieden sind, dazu verleiten, auf eine private Krankenkasse überzutreten. Damit entgehen den Gewerk-

schaften die Einnahmen, die ihnen monatlich die Arbeitgeber gratis und franko ins Haus auf ihr Konto einzahlen. Die Gewerkschaften leisten keine Gesundheitsdienste, die sie vertraglich mit Ärzten, Sanatorien und Drogerien verpflichten. Hier fallen Schmiergelder an, die selbstverständlich nicht zu beweisen, aber landesweit bekannt sind.

Ausserdem entgeht den Gewerkschaftsbonzen mit der freien Option der Krankenkassen die Erpressungsmethode, sollten Gewerkschaftsmitglieder ausscheiden, weil sie die Beiträge von einem Prozent und mehr auf ihre Löhne und Gehälter nicht einzahlen wollen, wofür ebenfalls die Arbeitgeber zwangsverpflichtet sind, solange ihre Mitarbeiter Gewerkschaftsmitglieder sind. Die Abwanderung der Mitglieder, die hierzulande ebenso wie weltweit längst unterwegs ist, wird mit der freien Option der Krankenkassen sicherlich viel schneller über die Bühne laufen und den Bonzen ihre Gewerkschaftskraft schmälern, weil sie über weniger Geld, geringere persönliche Einnahmen durch Schmiergelder und weniger Mitglieder verfügen werden. All das ist rein politisch.

Hugo Moyano und Rodolfo Daer, der der offiziellen CGT vorsteht, schimpfen auf die Wirtschaftspolitik, tragen aber keine andere Alternative als den sogenannten Dialog vor. Hierauf ist die Regierung am Streiktag eingegangen, als Innenminister Federico Storani zum Dialog aufrief, für den ausser die Gewerkschafter auch Unternehmer, Arbeitgeber, Kirchenfürsten und möglicherweise andere Sprecher der Öffentlichkeit aufgefordert werden. Kabinettschef Rodolfo Terragno lehnte den Dialog mit korporativen Vertretern privater Interessen ab und empfahl eine Diskussion im Kongress mit gewählten Volksvertretern.

Den Gewerkschaftern liegt es nur daran, die freie Option der Krankenkassen mit neuen Restriktionen zu versehen, damit sie erschwert und gegebenenfalls gar nicht möglich wird, so dass alles beim Alten und die eigene Kasse heil bleibt. Deshalb schweigen die Bonzen zum kritischen Thema Krankenkassenoption und hoffen, in Verhandlungen mit der Regierung zu erreichen, was ihnen durch das Optionsdecret verweigert wird.

Seit einem halben Jahrhundert haben Gewerkschaftsgewaltige sich in Verhandlungen mit Politikern und Beamten dermassen geübt, dass sie meistens erreichen konnten, was ihnen eigentlich versagt werden sollte. Ob es ihnen dieses Mal auch gelingen wird, die Regierung übers Ohr zu hauen und ihre eigene Kasse zu retten, bleibt abzuwarten. Die Regierung sitzt freilich am längeren Hebel, auch wenn die Gewerkschafter gelegentlich zu neuen Streiks gegen die arbeitende Bevölkerung aufrufen sollten, die Schaden anrichten und die Gewalt verbreiten, aber sang- und klanglos verebben, sofern die Regierung nicht nachgibt. Was noch zu beweisen ist.

Randglossen

In New York und Washington Lab-solvierte Präsident de la Rúa seinen in den Medien hochgespielten Besuch mit deutlicher Anerkennung der US-Regierung, der internationalen Finanzanstalten sowie der Geschäftswelt. Der Präsident bezeichnete sich selber als einen Geizhals, um den Sparkurs seiner Regierung klar zu untermauern. Das dürfte Eindruck geschunden haben, melden sich doch Amtsträger zahlreicher Länder stets mit grossem Pomp und einer Ausgabenfreudigkeit, die sich selten mit den Einkünften ihrer Regierungen decken. Sprecher mehrerer US-Unternehmen kündigten ihre Bereitschaft zu Investitionen in Argentinien an, die de la Rúa auf ganze 20 Milliarden Dollar adierte. Der Besuch macht sich bezahlt, auch für einen Geizhals.

Während der Staatschef in USA Lob erntet, weil er seinen

Sparkurs durchsetzt, haben die justizialistischen Senatoren überraschenderweise kraft ihrer Zweidrittelmehrheit ohne Vorankündigung ein Gesetzesprojekt verabschiedet, das die Spardekrete de la Rúa abschafft. Hiermit haben sich die Senatoren zugunsten der Pfründengeniesser ihrer Provinzen ausgesprochen, die im arbeitsfähigen Alter Renten erhalten, die zu kürzen sind. Das politische Bravourstück der Oppositionssenatoren, während ihr langjähriger Vorsitzender Eduardo Menem den Präsidenten in USA begleitete, führt freilich nirgends hin, weil die Regierung mit Alliierten die Deputiertenkammer beherrscht und sich hüten wird, die Aufhebung der Spardekrete zu behandeln. Die Ablehnung im Unterhaus würde den Senat zwingen, sich mit zwei Dritteln durchzusetzen und ein Veto der Exekutive heraufzubeschwören. Reine politische Schaumschlägerei.

Regierung und Gewerkschaften in Genf

Rodolfo Daer gibt der Auseinandersetzung internationale Dimension

Die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften hat seit Wochenbeginn eine internationale Dimension. Der Generalsekretär der offiziellen Gewerkschaftszentrale CGT, Rodolfo Daer, nahm am Montag in Genf bei der Jahrestagung der Organización Internacional de Trabajo (OIT, Internationale Arbeitsorganisation) die Gelegenheit wahr, beim Treffen von Arbeitsministern und Gewerkschaftern der Regierung, sowohl den Internationalen Währungsfond IWF als auch die Weltbank zu kritisieren.

Daer tat dies jedoch wesentlich überlegter und konzilianter als er angekündigt hatte. Vielmehr zeigte sich der Gewerkschaftsboss überzeugt, dass es keinerlei Änderung in der Politik von IWF und Weltbank gegenüber den Entwicklungs-

ländern geben werde und damit weiterhin die Forderung nach Senkung der Sozialausgaben und Einkommenskürzungen. Dies führe über Entlassungen auch weiterhin zur „Atomisierung“ der Gewerkschaften.

Doch ist Genf auch der Ort der Begegnung, denn am Rande der OIT-Jahrestagung gab es auch eine „Kampfpause“ für Daer und Arbeitsminister Alberto Flamarique, der als Vorsitzender der Tagung fungierte. Beide trafen sich, wenn auch eher zufällig, zu einem kurzen Gespräch, das aber von politischen Beobachtern als Auftakt für die einen Tag vor dem Generalstreik am Freitag der vergangenen Woche versprochene „soziale Konzertierung“ gelten könne. Der Arbeitsminister hatte vorher aufmerksam die Rede von Daer verfolgt,

ebenso konzentriert, wie er am Streiktag zugehört hatte, als dieser der de la Rúa-Regierung vorwarf, sie rede von sozialem Dialog und verfüge gleichzeitig eine massive Einkommenskürzung im öffentlichen Dienst. Obwohl zahlreiche Regierungsfunktionäre, Senatoren und Abgeordnete der Opposition, ranghohe Kirchenvertreter, Unternehmer und Gewerkschafter, darunter auch Daer, in Genf aber darin übereinstimmten, dass ein Dialog unmittelbar aufgenommen werden müsse, sind nicht alle Spitzenpolitiker der Regierung einverstanden mit der Strategie des „korporativen Dialogs“. So macht Kabinettschef Rodolfo Terragno Gespräche mit Senatoren und Abgeordneten zur Vorbedingung für direkte Verhandlungen mit den Gewerkschaften. „Im Kongreß sitzen

die, die auf Grund der Stimmen der Wähler alle Provinzen und alle politischen Überzeugungen vertreten.“ Der Dialog im Parlament dürfe nicht ersetzt werden durch direkte Verhandlungen mit der CGT, sagte Terragno. Genau dieser Dialog im Kongress ist eines der Anliegen der Regierung, die sich durch Senatoren und Abgeordneten die Erstellung einer entsprechenden Agenda erhofft.

In der Regierung und hinter verschlossenen Türen ist man sich jedoch der Schwierigkeiten bewusst. „Menem hatte Mehrheit und eigenes Quorum in beiden Kammern. Jetzt aber muss alles gezwungenermaßen durch einen Konsens mit der Opposition gemacht werden“, beklagte sich ein ranghoher Regierungsbeamter hinter vorgehaltener Hand, der nicht genannt sein will.

Kampf dem Babyhandel und der Geldwäsche

Mercosur-Treffen der Innenminister in Buenos Aires / Dialogkanal SISME

Im Rahmen des ersten Treffens der Innenminister des Mercosur, an dem die Regierung der Allianz teilnimmt, haben die Mitgliedsländer am Freitag der Vorwoche in der Casa Rosada in Buenos Aires ein Abkommen über die Verstärkung des gemeinsamen Kampfes gegen die Geldwäsche unterzeichnet. In dem Abkommen ist auch eine Vertiefung des Austausches von Wirtschafts- und Finanzinformationen zwischen den Sicherheitsbehörden der Länder angestrebt.

Die Treffen der Innenminister des Mercosur, an denen auch deren Amtskollegen der assoziierten Länder Bolivien und Chile teilnehmen, finden seit 1997 alle sechs Monate statt. In der Ära Menem waren sie ein bedeutendes Szena-

rium, wenn auch konkrete Vereinbarungen mit Paraguay gegen den Schmuggel und mit Uruguay gegen das Bankgeheimnis bei illegalen Operationen nicht zustande kamen.

Das Treffen in dieser Woche war die Premiere von Federico Storani im Kreis seiner Mercosur-Kollegen. Abgesehen vom Zentralthema, der Geldwäsche, war die Regierung der Allianz bemüht, den Gesprächen einen politischeren Charakter zu geben und setzte sich für eine Bekämpfung des illegalen Handels mit Babys und Minderjährigen ein. Um wirksamer gegen den Babyhandel vorgehen zu können, sollen polizeiliche Kontrollmaßnahmen verstärkt und eine elektronische Datenbank erstellt werden, die ausreisende Minderjährige erfasst.

Auch soll ein Zentralregister mit den Daten vorbestrafter Sexualstraftätern geschaffen werden.

Die Minister beschlossen weiter, dass der Informationsaustausch zwischen den Polizeidienststellen der einzelnen Länder direkt erfolgen soll, Verpflichtungen von Gerichtsbehörden wurden in das Vertragswerk jedoch nicht eingeschlossen. Vorgesehen ist auch der Einsatz eines Sistema de Información de Seguridad del Mercosur, Bolivia y Chile (SISME, Informationssystem für Sicherheit im Mercosur, Bolivien und Chile) als Dialogkanal. Dieses System soll eine direkte und unmittelbare Verständigung der Sicherheitskräfte in den Ländern des Mercosur ermöglichen.

Für den Notfall sieht das Abkommen einen direkten Informationsaustausch ohne Vermittlung des SISME zwischen den Polizei-

dienststellen dieser Länder fest. Aus dem Innenministerium verlaute dazu am Montag, das Abkommen werde keines der von der Regierung Menem mit den Mercosur-Mitgliedern unterzeichneten Abkommen abschaffen.

Ziel sei es vielmehr, alte Vereinbarungen neu zu beleben und eine zukünftige Agenda festzulegen, welche die „Bedeutung der Region“ vertiefe. Während der Amtszeit Menems befassten sich die Innenminister bei ihren Treffen fast ausschließlich mit der Bekämpfung und Verhütung des internationalen Terrorismus. Einer der Erfolge, die seinerzeit erreicht wurden, war der Einsatz im Bereich des „Dreiländerecks“ zwischen Paraguay, Brasilien und Argentinien. Dazu kam dann ein Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Bürger gegen Streiks

Mehr als die Hälfte der Argentinier halten die Streiks gegen die Sparmassnahmen der Nationalregierung von Präsident Fernando de la Rúa nicht für richtig. Dies geht aus einer zu Wochenbeginn veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Mora y Araujo & Asociados hervor. Demnach waren 56 Prozent der Bürger in der Hauptstadt und Groß-Buenos Aires gegen Streiks und sonstige Protestmassnahmen, 41 Prozent hielten diese jedoch für angebracht. Eine der Säulen der umstrittenen Wirtschaftsmaßnahmen, die Regulierung der Sozialwerke, wurde von 61 Prozent bejaht, während sie nur 19 Prozent der Befragten ablehnten. Den Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst sprachen 60 Prozent die Effektivität ab, während gerade zehn Prozent sie als „wenig wirksam“ einstufen. Hinsichtlich der Kürzungen von 1000 Peso-Einkommen äußerten sich 46 Prozent negativ. Für die überwiegende Mehrheit, 82 Prozent, ist es wirkungsvoller, gegen die großen Steuerhinterzieher vorzugehen und die Privilegiertenrenten zu kürzen.

Nur 31 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass es de la Rúa gelingen wird, mit dem Sparpaket die Rezession zu überwinden. 30 Prozent zeigten sich überzeugt, dass sich „nichts ändert“ und 19 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass sich die wirtschaftliche Lage noch verschärfen werde.



**SERVICIOS
DIGITALES**

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

WOCHENÜBERSICHT

Feiertag I

Der Nationalfeiertag „Tag der Fahne“, der auf Dienstag, den 20. Juni fällt, wird gemäß Mitteilung des Innenministeriums auf Montag, den 19. Juni vorverlegt. Offizielle Veranstaltungen in den Schulen des ganzen Landes finden allerdings am Dienstag statt.

Feiertag II

Der Tag der Souveränität Argentiniens über die Malwinen ist am Wochenende im bonaerenser Amtsbezirk Malvinas Argentinas mit einer Veranstaltung gefeiert worden, deren Höhepunkt eine Militärparade mit 1.300 Heeressoldaten war. An die Parade schloss sich ein Umzug der Bevölkerung an. Unter den Teilnehmern war der Vizegouverneur von Buenos Aires, Felipe Solá, der Kriegsteilnehmer und heutige Bürgermeister von San Miguel, Aldo Rico, und der Bezirksbürgermeister Jesús Carilino.

Caputo dementiert

Ex-Außenminister Dante Caputo hat Gerüchte dementiert, wonach er von seinem Amt als Staatssekretär für Wissenschaft und technologische Innovation zurückgetreten sei. Caputo schloss auch rundweg aus, dass seine Opposition gegen die Entscheidung der Regierung, in den UN gegen Kuba zu stimmen, einer der Gründe gewesen sei, dass er Präsident Fernando de la Rúa nicht in die USA begleitet habe.

La Tablada-Häftlinge

Die Allianz will im Kongress für ein Projekt stimmen, das im Fall von Straftaten gegen die verfassungsmäßige Ordnung das Appellationsrecht einführt wird. Dies erklärte Innenminister Federico Storani am Dienstag gegenüber der Presse. Wird das Gesetz verabschiedet, könnten die wegen des Überfalls auf die Kaserne „La Tablada“ 1989 zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilten Täter Berufung gegen ihre Urteile einlegen. Die PJ-Abgeordneten angekündigt, dass sie dagegen das Projekt stimmen werden.

Ibarras Pläne

Der gewählte Chef der Stadtregierung, Aníbal Ibarra, will mit dem „Chaos im Strassenverkehr“ aufräumen. Wie Ibarra am Mittwoch erklärte, sollen neben der Erweiterung des U-Bahnnetzes im Norden, im Süden der Stadt unter-

irdische Parkmöglichkeiten geschaffen werden, um den Verkehr in der Innenstadt zu entschärfen. Außerdem sollen im Bereich des Zentralmarktes zwischen Buenos Aires und Ezeiza Frachttumschlagplätze für Großtransporter geschaffen werden.

Impfungsförderung

Die Provinzabgeordneten kammer von Santa Fe hat ein Projekt zur Herstellung des Impfstoffs Candid I verabschiedet. Candid I ist wirksam gegen das „fiebre hemorrágica argentina“ oder „Mal de los Rastrojos“, eine Krankheit, die durch ein in ländlicher Umgebung heimisches Nagetier übertragen wird. Der Wirkstoff soll im Institut Maiztegui in Pergamino (Provinz Buenos Aires) mit Geldern der Nationalregierung hergestellt werden.

Abgeordnete mit Stipendium

Die Abgeordnete in der Stadtlegislative, María Laura Leguizamón, hat vom US-Außenministerium im Rahmen eines Förderungsprogramms für „Politiker unter 40“ ein Reisestipendium erhalten. Leguizamón flog damit am Wochenende für einen Monat in die USA, wo sie in Chicago, Boston und New York Programme zur Resozialisierung jugendlicher Straftäter kennenlernen wird.

Demo in Ushuaia

Rund 1.000 Demonstranten haben am Mittwoch in Ushuaia bei Temperaturen unter null Grad gegen die gewaltsame Räumung einer Schule protestiert. Dort machten zahlreiche Lehrer mit einem Hungerstreik auf die Sparmassnahmen der Regierung aufmerksam. Die Demonstranten versammelten sich vor dem Gebäude der Provinzregierung und beschimpften mit Sprechchören die Behörden.

Schneesturm in Mendoza

Ein starker Schneesturm hat am Montag zur Sperrung des Tunnels „Cristo Redentor“ an der argentinisch-chilenischen Grenze geführt. Auf Grund der schlechten Wetterbedingungen mussten zahlreiche Autobusse und Privatautos, die ins Nachbarland unterwegs waren, ihre Fahrt unterbrechen und in die Provinzhauptstadt zurückkehren. Hierdurch lagen insgesamt 200 Lastwagen aus den Mercosur-Ländern und Chile in Punta de Vacas und Uspallata fest.

Ehrung I

Dem argentinische Chirurg Dr. Manuel Sarrabayrouse ist vom IX. Internationalen Kongress für Plastische Chirurgie in Tokio ausgezeichnet worden.

Ehrung II

Der Rektor der Nationaluniversität Tres de Febrero, Aníbal Jozami, ist von der UN-Organisation

für Bildung, Wissenschaft und Kultur UNESCO zum Präsidenten des Instituto para la Educación Superior en América Latina y el Caribe (Iesalc, Institut für Hochschulbildung in Lateinamerika und der Karibik) ernannt worden. Jozami, der das Institut mit Sitz in Caracas für vier Jahre leiten wird, ist außerdem Berater des Generaldirektors der UNESCO in Universitätsthemen.



KONRAD LORENZ
SCHULE

Deutsch
Englisch
Ökologie



HASEN SCHULE
KINDERGARTEN

Schule
Ej. Sarmiento 1565
4797-5876
Florida

Kindergarten
Cnel. Rosetti 1738
4760-2999
Florida

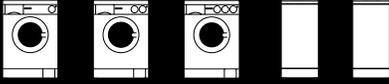
LAVARropas

KOH-I-NOOR

ENTRA EN SU CASA



Entra en su casa
40 cm.
DE ANCHO



Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. Echeverría 930
Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

„Wie eine moralische Wiedergutmachung“ Der Holocaust-Überlebende Egon Strauss über die Ehrung durch den Präsidenten de la Rúa

„Das Wichtigste ist das Erinnern. Erinnern bedeutet Gegenwärtigmachen, Teilnehmen an Schmerz und Schrecken, Erinnern bedeutet Solidarität mit den Opfern.“ (Präsident Dr. Fernando de la Rúa, Internationales Forum über den Holocaust, Stockholm, Januar 2000)

„Schade, dass Sie Jude sind“, sagte das junge Mädchen und bedankte sich artig bei Egon, der ihr kurz zuvor auf der Skitour das Leben gerettet hatte. Dieser Satz, ausgesprochen im Winter 1937 in einem österreichischen Wintersportort, war für Egon Strauss die erste Konfrontation mit dem Antisemitismus. Zu diesem Zeitpunkt war es jedoch nur ein leerer Satz, dessen Bedeutung für die Zukunft für den damals Neunzehnjährigen noch im Dunkeln lag. Strauss, als Sohn jüdischer Eltern 1918 in Wien geboren, ist einer der Überlebenden des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte. Aber Egon Strauss hat Glück gehabt: Er konnte den Klauen Hitlers und dessen Schergen noch früh genug entkommen und musste nicht wie Millionen andere das Grauen eines Konzentrationslagers ertragen. Trotzdem, Strauss hat neun Verwandte verloren, nur weil sie dem jüdischen Glauben angehörten.

Der Neunzehnjährige emigrierte kurz nach dem Anschluss Österreichs durch die Nazis am 12. März 1938 nach Argentinien, wo ein Onkel ihn erwartete. Seine Eltern Manuel und Regina Strauss und seinen jüngeren Bruder Erich musste er in Wien zurücklassen.

In der „Reichskristallnacht“ vom 10. November 1938, in der hunderte von Synagogen, jüdischen Geschäften und Wohnungen in Flammen aufgingen, wurden auch unzählige Juden verhaftet und in Sammellager gebracht. Unter ihnen war Egon Strauss, der damals 17 Jahre alt war und sich auf dem Weg nach Hause befand.

Der Portier des Wohnhauses der Familie Strauss im 6. Bezirk von Wien hatte sich sofort nach der Anexion Österreichs als Nazi zu erkennen gegeben, er trug die braune Uniform der SA, der paramilitärischen Schlägerorganisation der Partei. Trotzdem rettete er Erich, einen jüdischen Jungen, aus dem Lager. Für Egon Strauss ist der Blockwart jemand, der offenbar trotz übelster nationalsozialistischer Propaganda noch ein wenig Mensch geblieben war. Ohne die Hilfe des Portiers wäre Erich ohne Zweifel in ein Konzentrationslager



Egon Strauss in der Casa Rosada

deportiert worden.

Vater Strauss war unterdessen legal nach Luxemburg ausgereist und hatte dort erfolgreich einen luxemburgischen Pass beantragt. Mit etwas List und Glück gelang es schließlich auch Mutter und Sohn, Wien zu verlassen und nach Luxemburg zu reisen. Aber auch dort fühlten sie sich nicht sicher.

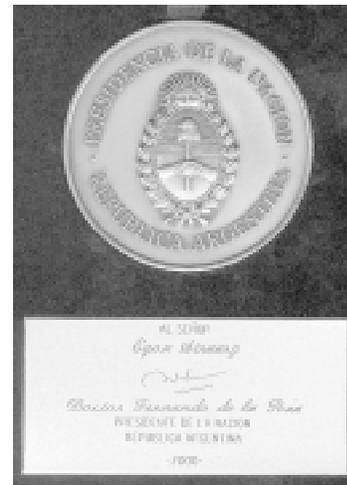
In Argentinien hatte Egon währenddessen alles in Bewegung gesetzt, um seine Familie nachkommen zu lassen. Zunächst ohne Erfolg, ein Gesetz untersagte all denjenigen dieses Vorhaben, die nicht seit mindestens zwei Jahren im Land lebten. Erst 1941 erreichten Vater, Mutter und Bruder Strauss das ersehnte Exil in Argentinien. Der Weg hierher war beschwerlich gewesen.

Seit einigen Jahren denkt Egon Strauss zurück und reflektiert über den Holocaust, die Geschichte seiner Familie und die vieler Leidensgenossen. Nie hat er je mit seinen Kindern oder Enkeln darüber gesprochen. Heute hingegen haben sich die Ansichten und Bedürfnisse des nunmehr 82-Jährigen geändert. „Man muss darüber sprechen, sonst wird es sich wiederholen“, ist seine Überzeugung. Strauss ist Mitglied der Stiftung Gedenken an den Holocaust (Fundación Memoria del Holocausto). Seit ungefähr einem Jahr besuchen er und andere Überlebende Schulen, um den jungen Leuten das Geschehene näher zu bringen und zu erklären.

Am Mittwoch, dem 24. Mai hat die argentinische Regierung eine Gruppe Holocaust-Überlebender zu einem Mittagessen in die Casa Rosada eingeladen. Der würdevolle Empfang durch das Grenadier-Regiment hat Egon Strauss tief beeindruckt. Präsident Dr. Fernando de la Rúa hat seinen Gästen Anerkennung und Respekt gezollt und um Verzeihung für Argentinien gebeten, weil die Ankunft von Nazis zu einem gewissen Zeitpunkt im Land geduldet worden war. An der

Zeremonie im Regierungsgebäude nahmen ausserdem verschiedene Minister der Regierung sowie Repräsentanten der Stiftung Gedenken an den Holocaust, der israelische Botschafter Itzhak Avirán und der Ober-Rabbiner der jüdischen Gemeinde, Ben Hamu Amidjar, teil. Avirán bekräftigte, dass eine derartige Anerkennung der Holocaust-Überlebenden ausserhalb des Staates Israels einzigartig in der Welt sei. Seit diesem Jahr hat die argentinische Regierung den 19. April als Gedenktag an den Aufstand im Warschauer Ghetto und als Tag der kulturellen Diversität und des Zusammenlebens eingerichtet.

Der Präsident überreichte zum Schluss jedem einzelnen seiner Gäste eine silberne Medaille mit Namensgravur. Egon Strauss hat die Zeremonie in der Casa Rosada tief beeindruckt und bewegt. Er empfindet diese Geste der argentinischen



Regierung als moralische Wiedergutmachung, die ihm sehr viel bedeutet. Die Auszeichnung ist für ihn auch eine Bestätigung, weiter gegen das Vergessen anzukämpfen.

Julia Schünemann

In memoriam Dr. Adalbert Krieger Vasena

Nach mehrmonatiger Bewusstlosigkeit als Folge eines Hirnschlages verchied am 15. Juni in Buenos Aires im Alter von 80 Jahren Dr. Adalbert Krieger Vasena, zweimaliger Wirtschaftsminister Argentiniens in den Jahren 1957/58 und 1966-1970. Als junger Beamter im damaligen Landwirtschaftsministerium, nachdem er die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften absolviert hatte, begleitete Krieger Vasena 1945 die argentinische Delegation in San Francisco, USA, wo die Charta der Vereinten Nationen ausgearbeitet wurde. Bald danach wurde er aus dem Staatsdienst entlassen und widmete sich seinem Beruf als Wirtschaftsberater.

Nach dem Sturz Peróns im September 1955 berief ihn die Regierung zuerst als Sekretär des Beirates für Wirtschafts- und Sozialpolitik und 1957 als Finanzminister, in welchem Amt er ein Jahr lang wirkte, die Wirtschaft weitgehend stabilisierte und die Konflikte mit den europäischen Ländern des Pariser Klubs löste, insbesondere mit Deutschland. Damals wurden die Verträge unterzeichnet, die zur Rückerstattung des sogenannten Feindvermögens führten, ebenso der Schulen und Vereine.

Die Regierung Präsident Frondizis betraute Dr. Krieger Vasena im Jahr 1961 mit einer Wirtschaftsmission in den Vereinigten Staaten, als deren Folge spätere Verhandlungen die US-Importe argentinischen vorgekochten Rindfleisches zugelassen wurden. Die Regierung General Onganía ernannte ihn 1966 zum Sonderbotschafter beim GATT in Genf und danach zum Wirtschaftsminister, in welchem Amt er eine besonders erfolgreiche Stabilisierung durchführte. Der Wechselkurs blieb vier Jahre lang unverändert und die Preiszunahmen fielen unter 10 Prozent im Jahr, damals eine beachtliche Leistung. Auslands- und Staatsinvestitionen führten zu einem Konjunkturaufschwung, der durch den Cordobeser Aufstand Mitte 1969 unterbrochen wurde. Dr. Krieger Vasena trat von seinem Amt zurück.

Heftig von Extremisten angefeindet und bedroht, übernahm Dr. Krieger Vasena das Amt für die westliche Hemisphäre bei der Weltbank in Washington, das er nach sieben Jahren niederlegte, um abermals in Argentinien seinen Beruf als Wirtschaftsberater auszuüben und sich auch der Landwirtschaft zu widmen. In Vorträgen, war doch der Verstorbene seit 1963 Mitglied der Akademie für Wirtschaftswissenschaften, und zahlreichen Zeitungsartikeln in „La Nación“ und anderen Presseorganen sowie im Fernsehen und Rundfunk äusserte Dr. Krieger Vasena seine stets beachteten Ansichten über die Wirtschaftspolitik.

Mit Dr. Krieger Vasena scheidet ein auch international angesehener Fachmann der Wirtschaft aus dem Leben, der durch sachverständiges Wissen, lauter Anstand und Führungskraft den Weg vorgezeigt hat, den Argentinien in den letzten Jahren erfolgreich eingeschlagen hat und den er öffentlich unterstützte. Er hinterlässt eine Witwe, drei verheiratete Töchter, mehrere Enkelkinder sowie zahllose Freunde, die um ihn trauern.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Frsteinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,9% auf 500,52, der Burcapindex um 1,5% auf 918,57 und der Börsenindex um 0,8% auf 19.704,57.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 3,8% auf \$ 0,8485.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betrugen am 12.6. \$ 25,18 Mrd., der Banknoten-umlauf \$ 14,26 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,11 Mrd. bzw. 14,01 Mrd., vor einem Monat \$ 25,68 Mrd. bzw. 14,16 Mrd. und vor einem Jahresdrittel \$ 25,97 Mrd. bzw. 14,74 Mrd.

Pan American Energy (Kontrollpaket: BP Amoco, Minderheitsbeteiligter Bridas) hat seine mit US\$ 25 Mio. Investition in Cerro Dragón, Provinz Chubut, fertiggestellte Aufarbeitungsanlage für 1,5 Mio. cbm Erdgas pro Tag in Betrieb genommen. Sie wird vom San Jorge Becken über eine Pipeline gespeist wo es Druck erhält und ihm Wasser und nützliche Flüssiganteile entnommen werden. Anschliessend wird das Gas in die General San Martín Gasleitung gespeist und dem argentinischen Gas-Verbundnetz einverleibt.

Die spanische Hotelkette NH hat 50% des alteingesessenen City Hotel von Buenos Aires erworben und übernimmt nach den Umbauten die Betriebsführung. Als Preis wurde US\$ 14 Mio. in bar, Umbauten und Einrichtungen genannt. Das Neue City Hotel NH soll Ende 2001 eröffnen, 300 (bisher 340) Zimmer für US\$ 130 bis US\$ 150 pro Tag haben und mehr Säle und Konferenzräume bieten. NH führt in Buenos Aires bereits die NH Latino, Jousten und NH Florida Hotels.

Für die vertraglich verpflichtete jährliche Ausfuhr nach den USA von 2.000 t Erdbeeren, die in Coronda, Provinz Santa Fe, geerntet wurden, gehen zusätzlich Devisen für rd. US\$ 2,6 Mio. ein, wie die Genossenschaft seit 50 Jahren ansässiger Landwirte bekanntgab. Die Erdbeeren werden in Tiefkühl-Containern für 20 t direkt nach Baltimore geliefert. Im Vorjahr hatte die Genossenschaft 229 t ausgeführt.

Der Senat hat das Gesetz verabschiedet, das der Regierung untersagt, in den nächsten 90 Tagen im Industriekomplex FM (Fabricaciones Militares) Personal abzubauen. Ausserdem muss die Regierung in diesem Zeitraum die künftige Tätigkeit des Komplexes festlegen und sich für

mehrere Jahre zu einem Beschaffungsprogramm von Erzeugnissen desselben verpflichten.

Pérez Compagn hat das Erdölholding Sudelegra Argentina für US\$ 121 Mio. erworben. Die Aktien sind die 32,8%ige Beteiligung an dem vorübergehenden Unternehmenszusammenschluss (UTE) Santa Cruz I, der im argentinischen Südbecken Erdöl erschliesst und fördert.

Capsic (Cámara de la Producción y Comercio Internacional de Calzado) hat das Industriekretariat beschuldigt, ein unrechtes und gesetzwidriges Abkommen zwischen argentinischen und brasilianischen Schuhunternehmen zu gestatten, das Höchstmengen für den zwischenstaatlichen Handel festlegt. Es schränke das Angebot ein und blähe die Preise auf. Die Anzeige beim Konkurrenzschutz sei bereits erfolgt. Das Industriekretariat habe das Abkommen nicht bestätigt, fördere es jedoch, lade die Unternehmen zu Verhandlungen ein und billige Beschlüsse, die den Mercosur- und WHO-Auflagen zuwiderlaufen. Capsic sei für einen vernünftigen, jedoch gegen jeden übertriebenen Industrieschutz.

Die USA haben die sanitären Handelsschranken gegen Zitrusfrüchte aus dem argentinischen Nordwesten aufgehoben, was zusätzliche Ausfuhren für etwa US\$ 25 Mio. gestatten wird. In den letzten 8 Jahren hat die argentinische Zitronenernte 85% zugelegt, die Ausfuhren frischer Zitrusfrüchte um rd. 120% und die industrielle Verwertung derselben um 95%.

Im 1. Jahresdrittel haben die argentinischen Weinausfuhren im Vorjahresvergleich 19,84% auf 28,48 Mio. l für US\$ 41,42 Mio. zugelegt. Wie das INV (Instituto Nacional de Vitivinicultura) weiter bekanntgab, wurden vorwiegend Qualitäts- und Schaumweine und Sekt ausgeführt. Qualitätsweine hatten 16,92 Mio. l bzw. US\$ 31,7 Mio. FOB Anteil an den Ausfuhren, um 37,23% mehr als im Vorjahres-Vergleichszeitraum. Von Schaumweinen und Sekt wurden 678,340 l für US\$ 3,16 Mio. FOB ausgeführt, um 15% mehr als in den 12 Monaten 1999. Traubenmost erreichte 12,06 Mi. l für US\$ 15,93 Mio., um 2,38% mehr, vorwiegend nach den USA, Chile und Japan.

Der Vorsitzende der Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen, Ignacio Warnes, erklärte, dass der Beschluss 429, durch den die Zahlung der Versicherungsprämien nur durch Banken, Kreditkarten und elektronische Systeme durchgeführt werden darf, dahingehend ausgelegt werden muss, dass die Agenten und die Versicherungsanstalten weiterhin die Policen direkt kassieren kön-

nen, aber den Betrag binnen 48 Stunden auf ein Bankkonto deponieren müssen. Sie müssen dem Versicherten binnen 24 Stunden nach der Einzahlung eine Zahlungsbestätigung geben. Für die Versicherten besteht die Änderung hauptsächlich darin, dass sie nicht mehr mit einem vordatierten Scheck zahlen können.

Die zur britischen Pearsongruppe, u.a. Verleger der Financial Times, gehörende spanische Recoletosgruppe hat die argentinische Wirtschaftszeitung El Cronista erworben. Der Kauf von 100% der Cronista-Herausgeberin Sadei SA für US\$ 17 Mio. schliesst den Mind Opener Verlag ein, der die Monatszeitschriften Apertura, Target und Information Technology herausgibt. Recoletos gibt u.a. in Spanien die grösste Wirtschafts- und Geschäftstageszeitung, Expansión, heraus.

J.M. Las Heras, Finanzminister der Provinz Córdoba, gab bekannt, dass die Steuereinnahmen trotz Verringerung der Steuersätze in der Provinz zugenommen haben. Die Mediterranea Stiftung stellt hingegen fest, dass die Steuereinnahmen der ersten 5 Monate 2000, bei Ausklammerung des Moratoriums, im Vorjahresvergleich zwischen 5,3% und 11,5% zurückgegangen sind. Für Mai habe die Provinzregierung eine 5,82%ige Zunahme des Steueraufkommens von \$ 70,1 auf 73,8 Mio. verzeichnet, im April eine Zunahme von 2,75% und im März von 2%. In den ersten Jahresmonaten wirkte sich die Verringerung der Immobiliensteuern der Provinz, die 1/3 der Provinzsteuern ausmachen, von 4% auf 3% aus. Die Mediterranea Stiftung rechnet, dass im Jahr 2000 die Steuereinnahmen um \$ 120 Mio. geringer sein werden, was durch \$ 145 Mio. des Steuermoratorium ausgeglichen wird. Die Provinzregierung hat durch das Moratorium rd. \$ 600 Mio. rückständiger Steuerschulden konsolidiert und erwartet aus der Privatisierung der Eintreibung weitere \$ 400 Mio.

INTA, das staatliche Institut für landwirtschaftliche Forschung, beschloss, Grundstücke und Gebäude zu veräussern um seine Forschungstätigkeit weiter zu finanzieren. Das INTA hat u.a. die Impfung entwickelt, mit der hier die Maul- und Klauenseuche überwunden wurde, entwickelte Baumwollsaatgut für das Firmen wie Monsanto, USA, Royalties bezahlen, sowie Saatgetreide, das heute weltweit eingesetzt wird. Nach der Verringerung seines Etats um \$ 23 Mio. verkauft das Institut 300 seiner 600 ha Versuchsgelände in Castelar, einen Häuserblock im Nobelviertel Palermo Chico, in dem bis vor Kurzem das Bodeninstitut untergebracht war, ihr Verwaltungsgebäude Rivadavia 1.400, die Gebäude in den Alsina- und Chile-Strassen und 14 ha nahe der Stadtmitte von Posadas, Misiones. Bis zu den Verkaufsabschlüssen wird ein Garantiefonds für

einen Überbrückungskredit des BID (Interamerikanische Entwicklungsbank) von US\$ 100 Mio. gebildet, wie INTA-Präsident G. Moore de la Serna bekanntgab. Das INTA wurde 1956 von der Regierung Aramburu geschaffen und hängt vom Staatsbudget ab, das statt \$ 130 Mio. im Jahr, für 2000 auf \$ 107 Mio. verringert wurde, die vorwiegend für Gehälter an eine Belegschaft von etwa 4.000, um 38% weniger als vor 4 Jahren., bestimmt sind. 1.800 dieser Mitarbeiter sind Forscher mit höchsten akademischen Titeln.

Der Merval (Mercado de Valores de Buenos Aires, erwägt seinen Anschluss an die geplante Weltbörse, die rund um die Uhr handeln würde, wie Mervalpräsident Gysin bekanntgab. Eine diesbezügliche Aufforderung wurde auch der brasilianischen Bovespa gemacht.

Pérez Compagn hat an der Börse bekanntgegeben, dass sie ihre Beteiligung am Stromverteilungsunternehmen Edesur über Distrielec Inversora, von der sie 48,5% hält, um 27,3% erhöht hat. Distrielec hat kürzlich den Grossteil der Belegschaftsaktien von Edesur gekauft. Perez Compagn hält nun 515 bis 56,35% von Edesur.

Die Wirtschaftsführung hat in 1. Auswahl die Banken Santander-Rio, Credit Suisse First Boston und BBV Francés bestimmt, um in diesem Monat die noch in Staatshänden befindlichen Aktien zu verkaufen, um \$ 400 bis 600 Mio. zu erzielen. Es sind Restbeteiligungen an Transener SA (25%), Camuzzi Gas Pampeana SA (20%), den Wasserkraftwerken Alicurá und Piedra del Aguila, der Wärmekraftwerken Güemes und Patagónica und den Stromtransportunternehmen Transnea und Transpa.

PSINet, der grösste unabhängige Internetanbieter, hat das ehemalige Gebäude der Zeitung La Razón, im Stadtbezirk Barracas, an der Autobahn nach Avellaneda, für US\$ 15 Mio. erworben. Das US-Unternehmen, Besitzer eines Lichtwellen-Leiternetzes von 1,6 Mio. km, will in dem Gebäude seinen Kundenunternehmen 27.000 qm für ihre Anschlussstellen zur Verfügung stellen.

Das Zellulartelefonie-Unternehmen Telecom Personal hat nach Investitionen von über US\$ 430 Mio. sein Digital-PCS-Netz für den Bereich Landsinneres Süd in Betrieb genommen. Der Bereich erstreckt sich bis Mar del Plata und Mendoza. Das Unternehmen verfügt bisher über das grösste Digitalnetz des Landes mit über 1,6 Mio. Abonnenten und 34,5% Marktanteil (Pressedienst Telecom)

Perez Compagn hat von der von Repsol YPF kontrollierten Erdölgesellschaft Astra die restlichen 42,5% der Raffinerie San Lorenzo (Refisan) erworben. Damit besitzt sie 100%. Die Übernahme erfolgt durch

die Fusion von Refisan mit Pérez Companc, der anschliessenden Auflösung von Refisan und dem operativen Zusammenschluss der Raffinerie mit dem ebenfalls Pérez Companc gehörenden Petrochemieunternehmen PASA. Refisan raffiniert 60% des von Pérez Companc in Argentinien geförderten Erdöls.

Die Schweizerische Nestlé hat von Cargill für Argentinien den Bereich ausgewogenes Kleintierfutter übernommen, das die US-Firma mit den Markennamen Dogui, für Hunde und Gati, für Katzen, herstellt und vertreibt. Nestlé stieg hier bereits 1985 in den Tierfuttermarkt mit dem Kauf der US-Firma Carnation, Marke Friskies, ein und erwarb 1994 Alpo, ebenfalls aus USA und 1998 die britische Spillers. Sie erwirtschaftete einen Marktanteil von 5%, der durch die neue Akquisition auf 35% steigt. In Argentinien werden jährlich 150.000 t ausgewogenes Kleintierfutter für US\$ 150 Mio. verbraucht.

Ein Verwaltungsgericht 1. Instanz hat den Zuschlag bei der Ausschreibung für die Radarüberwachung Argentiniens für ungültig erklärt. Er war an die Northrop Alenia Gruppe gegangen und wurde von Thompson-Raytheon beanstandet. Das Parlament hatte für das Vorhaben, das besonders für den Kampf gegen den Drogenschmuggel wichtig ist, US\$ 183 Mio. verabschiedet, das beste Angebot des Gewinners betrug US\$ 290 Mio. Um den vorgeschriebenen Preis einzuhalten, bot Northrop Alenia weniger Geräte, was nach Ansicht von Thompson Raytheon, deren Angebot aus technischen Gründen zurückgewiesen wurde, die Ausschreibungsbedingungen änderte, weshalb sie den Prozess anstrengten. Der Staat will nicht berufen, sondern eine neue Ausschreibung durchführen.

Die günstige Aufnahme der Wirtschaftsmassnahmen anlässlich des USA-Besuches von Präsident de la Rúa haben dem Schatzamt ermöglicht, Letes-Schatzscheine für US\$ 250 Mio. auf 91 Tage mit einem Schnittpunkt von 7,39%, um 129 Basispunkte weniger als am 23. Mai, unterzubringen. Das sind auf Jahresbasis 7,53%, 72 Basispunkte über Libo, der niedrigste Satz seit dem 28.3. Für US\$ 350 Mio. auf 182 Tage wurden 7,99% bezahlt, um 48 Basispunkte weniger als am 9. Mai. Auf Jahresbasis sind das 8,33%, 134 Basispunkte über Libor und der niedrigste Satz seit Juli 1998.

Die 3 brasilianischen Hüttenwerke, die Kaltwalzprodukte an Argentinien liefern, haben dem argentinischen Industrieminister ein Preisabkommen vorgeschlagen um die von der Firma Siderar geforderte Dumpingermittlung niederzuschlagen. Sie ähnelt dem Abkommen mit dem die Antidumpingmassnahmen bei Warmwalzprodukten aufgehoben wurden. Die brasilianischen Usiminas

(Usinas Siderúrgicas de Minas Gerais), CSN (Companhia Siderúrgica Nacional) und Cosipa (Companhia Siderúrgica Paulista) verpflichten sich, für mindestens US\$ 534 pro t zu liefern. Für geringere Preise wird für 5 Jahre eine Quote von höchstens 36.000 t im 1. Jahr, 38.000 t im 2. und 39.000 t im 3. bis 5. Jahr festgelegt.

Die Telefongenossenschaft von San Martín de los Andes hat ihre 30%ige Beteiligung an Nieves de Chapelco an die Familie Capozzolo verkauft, die damit 100% besitzt. Die Firma betreibt das Wintersportressort am Chapelcoberg und hat auf ein Ausflugsschiff für 120 Passagiere und ein weiteres für 200 Passagiere für den nahen Laciarsee bestellt. Im Vorjahr wurden US\$ 7,5 Mio. umgesetzt.

Während im Ministerium für Infrastruktur und Wohnungsbau an den Lastenheften für die nächstjährige Ausschreibung der Mautstrassen gearbeitet wird, bemühen sich die derzeitigen Konzessionäre um das Inkasso der ihnen aus den bestehenden Verträgen geschuldeten Subventionen. R. Perales, Vorsitzender des Verbandes der Strassenkonzessionäre, beziffert die Staatsschuld mit US\$ 300 Mio., die für Instandhaltungs- und Verbesserungsarbeiten notwendig seien.

Die Provinzgouverneure A. Maza von La Rioja und O. Castillo von Catamarca sind übereingekommen, das umstrittene Bewässerungsvorhaben Canal Federal aufzugeben. Zu dem ursprünglichen Investitionsplan von US\$ 400 Mio. sollten die Provinzen Tucumán mit Wasser der Sal- und Dulceflüsse, Santiago del Estero mit dem Rio Hondo-Staudamm und Catamarca mit der Umleitung eines Teils des Albigastflusses in ein Äquedukt, sowie Córdoba beitragen. Wegen Projektänderungen und Budgetschwierigkeiten scherten zuerst Tucumán und Córdoba aus, dann auch Santiago del Estero. Wirtschaftsminister Fernández weigerte sich die vom damaligen Präsidenten Menem geforderten Staatsgarantien zu unterschreiben, was das bereits stark geschrumpfte Vorhaben, von Albigasta, Catamarca, bis Santa Josefa, La Rioja, stilllegte.

Das zukünftige, deregulierte Sozialversicherungs- und Privatkrankenkassensystem untersagt den Dienstleistern, den Mitgliedsantrag eines Angestellten abzulehnen, doch wird es für diese Aufnahmen eine Jahresquote im Verhältnis zu ihrer Gesamtmitgliederzahl geben, wie R. Cano, Vorstand der Überwachungsbehörde für Gesundheitsdienste erklärte. Nicht betroffen ist das PAMI und die Sozialwerke der Streit- und Sicherheitskräfte. Den Provinzsozialwerken und privaten Krankenkassen steht der Beitritt frei. Das Etat der Überwachungsbehörde, \$ 23 Mio. im Jahr, wird künftig aus dem Staatshaushalt bestritten. Auch muss das Schatzamt \$ 20 pro Mitglied und Monat garantieren, wenn der Solidarfonds den

Investitionsvorhaben für über US\$ 3,5 Mrd.

Präsident de la Rúa kehrte aus den USA mit den konkreten Investitionsvorhaben der nordamerikanischen Kommunikationsunternehmen zurück, über die Wirtschaftsminister Machinea bereits verhandelt hatte, nachdem er seinen Ausgaben-Kürzungsplan in Washington vorgestellt hatte.

Wie der Staatssekretär für Fernverbindungen nach einem Arbeitsfrühstück in der nordamerikanischen Handelskammer bekanntgab, liegen nun die Investitionspläne folgender US-Firmen des Bereiches für insgesamt über US\$ 3,5 Mrd. vor:

AT&T wird in zwei Jahren US\$ 500 Mio. in Dienstleistungen an Unternehmen für die Daten- und Stimmübertragung investieren. Das Unternehmen hat vor Kurzem die argentinische Firma Keytech für US\$ 30 Mio. erworben, die Lizenzen für Fernsprechdienste besitzt.

I-Plan Networks wird US\$ 500 Mio. in ein Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz für Fernverbindungen investieren.

Movicom BellSouth wird die 1998 und 1999 getätigten Infrastrukturinvestitionen für US\$ 870 Mio. um US\$ 1 Mrd. erweitern.

Hicks, Muse, Tate & Furst bildet im Stammsitz in Texas einen weiteren Investitionsfonds von US\$ 1 Mrd. für Argentinien. Die Hälfte davon ist für die Ausdehnung ihres Kabelfernseh-Geschäftes bestimmt.

Velocom sieht die Erweiterung ihrer Investitionen in drahtlose Internetverbindungen um US\$ 300 Mio. vor.

G.E. Americom, Tochterunternehmen der General Electric, sieht weitere US\$ 300 Mio. Investition in Spitzentechnologie für Satellitendienste vor.

MetroRED investiert in den nächsten zwei Jahren über US\$ 200 Mio. in Unternehmen-Dienstleistungen der Daten- und Sprachübertragung.

Nextel, Telefonkabeldienst- und Zellularteleson, sieht bis Jahresende Investitionen von US\$ 150 Mio. für die Erweiterung ihres Fernsprechnetzes vor.

Zu diesen Investitionen von insgesamt US\$ 3,95 Mrd. kommen die von Motorola, die mit US\$ 50 Mio. eine Niederlassung in Argentinien vorhat, Global Crossing, die mehr als US\$ 100 Mio. in Lichtwellenleiter und Fernverbindungsnetze in Argentinien investiert und MCI Worldcom, die an ihrem Vorhaben noch arbeitet.

Darüber hinaus wurde eine Liste von 39 interessierten Unternehmen bekanntgegeben, auf der sich u.a. Sun Microsystems, Qualcomm, Nokia, PSINet, Harris Corporation, Panamsat, Hughes Network Systems, Global Crossing, America Online, Loral CyberStar, Alcatel, New Skys Networks und Lockheed Martin Global Telecommunications befinden.

In dem bekannt gegebenen Bericht der Fernverbindungssekretariats wird auf das Interesse der Unternehmer aus dem Norden hingewiesen. Fares Saloum, Vizepräsident für internationale Geschäfte der GTE, die in Argentinien Betreiberin des Mobiltelefondienstes CTI Móvil ist, erklärte, das jüngste Dekret und die entsprechenden Beschlüsse sind wichtige Schritte zur Öffnung des argentinischen Fernverbindungsnetzes für die Konkurrenz. Sie sind von grundlegender Bedeutung, weil sie erhöhte Konkurrenz bringen, die Dienstleistungen vermehren und die Wirtschaft anspornen.

Fernverbindungssekretär Aguiar hat auch in Kalifornien über Internetdienste und Risikokapital verhandelt, darunter mit Firmen wie Cisco Systems, Intel, Lucent Technologies, Flower Corporation und der Anwaltskanzlei Morrison & Foerster.

Betrag nicht aufbringen kann. Komplexe Behandlungen und aufwendige Pathologien werden durch eine noch nicht bestimmte Versicherung gedeckt. Die angeschlossenen Dienstleister sind verpflichtet, einen kompletten Gesundheitsdienst zu leiten, ohne Ausnahmen oder Bewährungszeiten. Die Pflichtleistungen werden noch festgelegt und ihre Grenzen eindeutig abgesteckt. Die privaten Kassen müssen Bruttoeinnahmen- und Gewinnsteuern bezahlen. Nicht eigennützige Dienstleister sind davon ausgenommen. Private Krankenkassen dürfen weiter Dienstleistungsverträge mit Sozialwerken abschliessen.

Ein Bundesgericht hat den Beschluss 122/2000 des Wirtschaftsministeriums für nichtig erklärt, mit dem die im Februar 1997 bestimmten Einfuhrschranken für Sportschuhe von ausserhalb des Mercos-

ur um weitere 150 Tage verlängert wurden. Damit wurde dem Schutzrechts des Fachverbandes Capcica stattgegeben. Die Wirtschaftsführung kann Berufung einlegen oder den Schutzmechanismus binnen 48 Stunden abbauen.

Ein Bundesgericht hat entschieden, dass der Vorstand des Flughafenbetreibers Aeropuertos Argentinos 2000, der bei der Übernahme der Flughäfen den Vorsitz ausübte, weiter das Unternehmen vertritt. Gleichzeitig wurde die gerichtliche Intervention der Unternehmensleitung verfügt, so dass der Vorstand zusammen mit den ernannten Gerichtsintervenoren die Leitung innehat. Die Intervention, die sich auch auf die Buchprüfung erstreckt, wird, wie auch vom Vorstand gefordert, überwachen dass die Geschäftsgebarung rechtmässig durchgeführt wird.

Der Rettungsplan für Aerolíneas Argentinas

Die spanische staatliche SEPI (Sociedad Estatal de Participaciones Industriales), Hauptanteilseignerin der Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas (ARSA), hat in Madrid ihren angekündigten „Leitplan“ vorgestellt, um das Unternehmen ab 2001 rentabel zu gestalten.

Der Leitplan sieht Ausgabenkürzungen von rd. US\$ 140 im Jahr vor, sowie Verhandlungen mit den Gläubigerbanken, um die Schuldtermine langfristig zu gestalten, Verringerung der Finanzpassiven um 60% bis 2002 und eine Kapitalaufstockung von US\$ 650 Mio., mit Beiträgen aller Aktionäre: dem argentinischen Staat, der Belegschaft, die über ihre Aktien Teilhaberin ist, American Airlines, Iberia und Andes Holding.

Von Juli 2002 bis Juli 2002 soll das Unternehmen US\$ 110 Mio. Gewinn erwirtschaften, nachdem es 1991 bis 1999 US\$ 1,02 Mrd. Verlust hatte, wie der Plan hervorhebt. Auch will die SEPI bis Juni 2003 US\$ 46,4 Mio. in strategische Massnahmen investieren, die die aktive Mitarbeit und die Anstrengung aller Beteiligten erfordern werden: Aktionäre, Agenten, Mitarbeiter und die Verwaltung. Diese Investition wird Kosterverringerungen von US\$ 139,2 Mio. beim Einkauf, der Geschäftsführung, der Aushandlung von Kollektivverträgen, den Instandhaltungsarbeiten, den Dienstleistungen, der festen und allgemeinen Spesen und der Flughafengebühren gestatten.

Löhne und Gehälter sollen um bis zu 20% verringert und ein Programm für Pensionierungen, frühzeitige Pensionierungen und freiwillige Kündigungen ausgearbeitet werden. Bisher haben sich die Belegschaftsvertreter gegen den Plan ausgesprochen. Sie erklären, ohne Erweiterungspläne seien keine Gewinne zu erwarten.

Der Leitplan geht anschliessend auf technische Einzelheiten ein, wie die Unterteilung des Unternehmens in verschiedene, leicht kontrollierbare Abteilungen, gezielte Vereinheitlichung der Luftflotte und das Bestreben, auch bei den Strecken, bei denen Abkommen mit anderen Fluggesellschaften nicht möglich sind, Gewinne zu erwirtschaften.

Transportsekretär Kogan teilte im Abgeordnetenhaus mit, dass man nicht in der Lage sei, mit den Eisenbahnkonzessionären ein Abkommen zu treffen. Der Staat schulde seit November \$ 80 bis 100 Mio. für Subventionen und Investitionen. Am 15.2. wurden für die Verhandlungen 4 Monate bewilligt, die nun abgelaufen sind. Für den Staat gebe es eine Reihe von Verpflichtungen aus dem Grundvertrag, die er nicht erfüllen kann, weshalb sie gestrichen werden müssen.

Das Staatssekretariat für Konkurrenz- und Verbraucherschutz hat der Elektrizitäts-Überwachungsbehörde empfohlen, dass sie die spanische Endesa anfordere, zu entscheiden ob sie das Stromverteilungsunternehmen Edenor oder Edesur vorzieht. Endesa müsse eines der beiden Unternehmen aufgeben, um die Konkurrenz auf dem Markt weiter möglich zu machen.

Die argentinische Filiale der schweizerischen Sika, Hersteller und Vertreiber von Chemikalien für Industrie und Baugewerbe, investiert US\$ 12 Mio. in die Verlegung ihres Betriebes auf das ebenfalls in Caseros befindliche neue Werksgebäude mit 65.000 qm.

Der vorläufige EMI-Index für die Industrieproduktion ergab für Mai im Jahresvergleich ohne Saisonbereinigung 5,4% Zunahme, mit Saisonbereinigung 2,1% Zunahme. Im Vormonatvergleich fiel die Produktion der Industrie saisonbereinigt um 0,4%, ohne Saisonbereinigung legte sie 6,2% zu. Die schweren Regen-

fälle bewirkten Ausfälle in der Bautätigkeit, die um 21% geringere Zementlieferungen und um 18% geringere Lieferungen anderen Baumaterials zur Folge hatte. Für die ersten 5 Monate ermittelte das Statistikamt Indec im Vorjahresvergleich 2,5% Produktionszunahme.

2 Tage nach Beginn der Roadshow der Tango Dos Bonds vor institutionellen Anlegern in Mailand und Rom, hat die Wirtschaftsführung der Stadt Buenos Aires, über die Chase Manhattan und Caboto Banken, das komplette Angebot von E 100 Mio. untergebracht. Der Zinssatz auf Dollarbasis beträgt 11,54%, die Laufzeit endet 2003. Es war die letzte Tranche des mittelfristigen Verschuldungsprogrammes der Stadtregierung von US\$ 500 Mio., von dem bereits 1997 eine Tranche in Dollar, eine in Pesos und zwei in Lire untergebracht worden sind. Standard & Poor's benotete die Auflage angesichts der soliden Finanzlage und Zahlungsfähigkeit der Stadt mit BB.

Das Amt für Soziale Sicherheit (Anses) beginnt die fälligen Zahlungen aus Rechtsurteilen mit Einsparungen von 40% durch eine Neuberechnung der Zinsen. Der Teil der Schulden, die in Bonds beglichen werden, wird innerhalb von 40 Tagen zur Verfügung stehen. Der Zahlungsverzug soll durch Beanstandungen der Zinsabrechnungen bei der Buchprüfung entstanden sein.

Im Rahmen der Sparmassnahmen der Öffentlichen Hand wurde per Dekret 443/2000 (Amtsblatt vom

IFC-Mittel für die Hypothekenbank

Die Internationale Finanzkorperschaft (IFC), Weltbanktochter für die Privatwirtschaft, hat eine Anfangsinvestition von US\$ 50 Mio. bekanntgegeben, um zusammen mit der Banco Hipotecario eine Grossistenbank zu gründen, die Handelsbanken langfristige Mittel für Hypothekenkredite zur Verfügung stellen soll.

Die amtliche Ankündigung erfolgte in Washington, in Gegenwart von Präsident de la Rúa, IFC-Präsident Peter Woicke und Eduardo Elzstain, Präsident der Irsagruppe, die Aktionärin der Hypothekenbank ist.

Ileana Boza, Vertreterin der IFC in Argentinien, erklärte auf Anfrage, dass es sich um die bisher grösste Einzelinvestition der Internationalen Finanzkorperschaft handle, womit diese ihr grosses Interesse an Argentinien bestätige. Ausser den verpflichteten US\$ 50 Mio., mit denen die IFC 20% der neuen Grossistenbank erwirbt, werden bald weitere US\$ 100 Mio. folgen, die als Sicherstellung für Obligationen zur Aufnahme von Krediten auf internationalen Finanzmärkten dienen werden. Durch diesen Finanzrückhalt werden die auszugebenden Bonds mit Investment grade (AAA) benotet, wodurch sie mit wesentlich niedrigeren Zinssätzen belastet werden. Erwogen werden hierfür zwei Möglichkeiten:

a) IFC-Garantie für einige Tranchen der Bonds, wie sie die Weltbank zum ersten Mal im vergangenen Oktober für argentinische Staatspapiere gewährt hat.

b) Die herkömmliche, als Darlehen Klasse B bezeichnete Garantieform der IFC, wie sie bereits für argentinische Unternehmen wie TGN (Transportadora de Gas del Norte) zur Anwendung gekommen ist.

Argentinischer Strom für Brasilien

Nachdem die erstinstanzliche Entscheidung eines Gerichtes in Posadas, Misiones, dass argentinischer Strom vorläufig nicht nach Brasilien exportiert werden darf, in zweiter Instanz zurückgewiesen wurde, konnte die Lieferung von 1000 MW nach Brasilien, die Argentinien vorerst Devisen für US\$ 100 Mio. und ab 2002 US\$ 210 Mio. im Jahr einbringen wird, endlich anlaufen.

Die Privatwirtschaft hatte bereits US\$ 350 Mio. in die notwendige Infrastruktur investiert. Das Gericht erster Instanz hatte verfügt, dass der bestehende Zustand nicht geändert werden dürfe („no innovar“), da der erhöhte Stromabsatz die Preise aus dem Verbundnetz im argentinischen Nordosten an die heimischen Verbraucher erhöhen würde, wobei ein technisches Gutachten eine erwartete Strompreiserhöhung von 9,5% angab.

Die Infrastruktur wurde aus multinationalen Kapitalquellen finanziert und von der CTM (Compañía de Transporte del Mercosur) in 24 Monaten errichtet. CTM steht unter der Federführung der spanischen Endesa und der chilenischen Enersis, die hier als CIEN (Compañía de Interconexión Energética) zusammengeschlossen sind. Für die Anlagen verpflichtete sie die Schweizerisch-schwedische ABB (Asea Brown Boveri).

Der Strom für den Süden Brasiliens wird von Central Costanera, Buenos Aires, und von Endesa, voraussichtlich aus Yacyretá, geliefert, dem Hochspannungsnetz, das Salto Grande mit Yacyretá verbindet, entnommen und von dort in die neu gelegte, 180 km lange 500 kV-Hochspannungsleitung nach Garruchos, Corrientes geliefert, wo sie den Fluss als Hochleitung überquert. In Garabi befindet sich die ebenfalls neu errichtete Umformerstation, die den Strom von der argentinische 50 Hz-Frequenz auf die brasilianische Netzfrequenz von 60 Hz umformt. Die Leitung legt weitere 310 km im brasilianischen Gliedstaate Rio Grande do Sul zurück, bis zur Trafostation von Itá, an den Quellen des Uruguayflusses, nahe der Serra do Mar, wo der von dem Stromverteilungsunternehmen Companhia Paranaense weitergeleitet wird.

15.6.) die Enabief (Ente Nacional de Bienes Ferroviarios) aufgelöst und das Amt für die Verwaltung von Staatsgütern abgeschafft. Statt dessen wird im Ministerium für Infrastruktur und Wohnungsbau eine dezentralisierte Abteilung geschaffen, die die Aufgaben der abgeschafften Ämter übernimmt. Sie wird von einem Präsidenten und 4 Beisitzern ehrenamtlich geleitet.

Die Techintgruppe hat die Fabrik für nahtlose Rohre der Algoma Steel in Kanada übernommen. Das argentinische Unternehmen führt die DST-Gruppe an, zu der Siderca de Argenti-

na, Dálmine (Italien), Tamsa (Mexiko) und Tavsa (Venezuela) gehören und der sich die japanische NKK Tubes anschliessen wird. Das Abkommen mit Algoma Steel sieht die Miete des kanadischen Werkes auf 20 Jahre mit einer Kaufoption vor.

Der neue AFIP-Direktor H. Rodriguez hat bestätigt, dass das Steuermoratorium um einige Tage (masslich bis zum 26.6.) verlängert wird und dass ein Plan mit kleinen Zahlungsraten vorgesehen sei. Die Mindestzahl der anzumeldenden Angestellten für Einheitssteuerpflichtige der Kategorien 4 bis 7 wird halbiert.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Hohes Schatzamtdefizit im Mai

Der Ausweis des Schatzamtes für den Monat Mai schloss mit einem Defizit von \$ 637,1 Mio. ab, das höher als erwartet war. Dieser Ausweis wird demnächst durch die Einnahmen, Ausgaben Defizite bzw. Überschüsse mehrerer Staatsstellen ergänzt werden, die allmonatlich später ermittelt werden und allgemein unbedeutende Änderungen gegenüber den Zahlen des Schatzamtausweises zeigen. Für die endgültigen Berechnungen des zulässigen Defizits im Rahmen des Haushaltsgesetzes und vor allem der Quartalszahlen, die mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart worden sind, gelten die ergänzten Zahlen mit anderen Staatsstellen. Schatzsekretär Mario Vicens erwartet weniger als \$ 600 Mio. Defizit.

Die Einnahmen betragen im Mai \$ 1,63 Mrd. um 7,3% mehr als im Mai 1999, wobei die Steuereinnahmen des Nationalstaates mit \$ 1,54 Mrd. sogar um 23,3% über dem Vorjahresmai lagen. Hingegen standen die Vermögenseinnahmen, insbesondere die Zinsen der in US-Treasuries angelegten Devisenreserven der Zentralbank, mit mageren \$ 8,3 Mio. zu Buch, ganze 96% weniger als im Vorjahr. Wenn Steuern und andere Einnahmen des Schatzamtes weiterhin im Mai-Rhythmus wachsen, kann mit einer Lösung der brenzlichen Kassennot gerechnet werden. Doch das darf keinesfalls vorweggenommen werden.

Von den Gesamtausgaben von \$ 2,22 Mrd. entfielen mit \$ 1,14 Mrd. etwa die Hälfte auf Zinszahlungen, die mit Abstand den grössten Ausgabenposten vor laufenden Transfers mit \$ 251,4 Mio., Beamtengehältern mit \$ 357 Mio. und Beschaffungen mit \$ 90,2 Mio. stellen. Die Kapitaleinnahmen von \$ 103,7 Mio. waren fühlbar höher als die Kapitalausgaben mit \$ 46,7 Mio., so dass mit den Fehlbeträgen früherer provinzieller Pensionskassen von \$ 105,9 Mio. das obengenannte Monatsdefizit von \$ 637,1 Mio. herauschaute.

Mit einem dermassen hohen Monatsfehlbetrag im zweiten der drei Monate des zweiten Quartals müssen die Schatzamtfinanzen im laufenden Monat Juni fühlbar besser ausfallen, damit der mit dem IWF vereinbarte Fehlbetrag erreicht werden kann. Vorerst schreibt das Schatzamt diesbezüglich rote Zahlen.

Am Platz wird erwartet, dass im Juni die Steuereinnahmen (vor Abzug der Provinzbeteiligungen) um rund 10% über den im Mai eingegangenen Beträgen von \$ 4,17 Mrd. liegen werden. Das beruht auf der Annahme, dass die auf 25% statt knapp unter 9% der letztjährigen Steuersummen in den Bilanzen der Unternehmen angehobenen Voranzahlungen der Gewinnsteuer im Juni etwa ein Plus von \$ 280 Mio. ergeben dürften. Ferner wird erwartet, dass das bis zum 21. Juni verlängerte Steuermoratorium abermals wie im Mai rund \$ 85 Mio. einbringen wird. Die höheren Sätze der Vermögens- und der Gewinnsteuer sollen im Juni zusammen nahezu \$ 100 Mio. zusätzlich abwerfen, ebenso wie

vermehrte Importe angenommene \$ 50 Mio. zusätzlich an Zöllen einbringen. Zusammen wird rund eine halbe Milliarde vermehrte Steuereinnahmen erwartet, die jedoch nicht ausreichen, um das akkumulierte Defizit vom April und Mai wettzumachen.

Damit die Schatzamtkonten im Einklang mit den Auflagen des IWF abschliessen, musste das Schatzamt in der Vorwoche Brady-Bonds (Par und Diskont) für \$ 3,3 Mrd. vorzeitig gegen einen neuen Global-Bonds für \$ 2,4 Mrd. mit 15jähriger Laufzeit zurückrufen. Das Angebot betrug \$ 4,75 Mrd., so dass 69,54% umgetauscht werden konnten. Durch diese Finanztransaktion gewann das Schatzamt die Nullkupon-Bonds zurück, die als Garantie die Zahlung der Brady-Bonds (Par und Diskont, nicht FRB) nach 30 Jahren absicherte. Dem Schatzamt floss ein Finanzgewinn von \$ 486 Mio. im Monat Juni zu, mit dem die Konten ausgeglichen werden.

Der Preis für diese Operation war denkbar hoch. Einmal wurde die Nation nochmals um \$ 2,24 Mrd. mit dem neuen Global-Bonds bis 2015 verschuldet, wogegen die zurückgerufenen Brady-Bonds bereits mit den Nullkupon-Bonds bezahlt waren. Nur die Zinsen dieser Bonds mussten laufend entrichtet werden, das Kapital war hingegen gedeckt. Den neuen Global-Bonds muss die Nation im Jahr 2015 bezahlen, was freilich die Sorge einer anderen Regierung als der jetzigen sein wird. Das Wirtschaftsministerium stellt die Operation als eine Senkung der Staatsschulden von \$ 927,6 Mio. vor, als ob die Brady-Bonds als Staatsschulden bei Ablauf zu bezahlen wären, was nicht zutrifft. Vielmehr nahm die echte Schuld, die zu tilgen ist, um \$ 2,4 Mrd. zu.

Zum zweiten musste der neue Global-Bond mit einem denkbar hohen Zinssatz von 13,3% versehen werden. Dieser Zinssatz entspricht mehr als 700 Basispunkten (7%) über vergleichbare US-Treasuries, eine gewaltige Länderrisikoprämie, die die gesamte Zinsstruktur im Inland hoch und die Konjunktur flach hält. Nicht von ungefähr vermehren sich die Bankdepositen laufend, wogegen die Kreditmasse an private Kreditnehmer rückläufig und an die öffentliche Hand zunehmend ist. Mit weniger Kredit kann die Wirtschaft nicht blühen. Besagter Zinssatz lag zudem über dem letzten Global-Bond unter Wirtschaftsminister Roque Fernández im Vorjahr, der mit 12,16% verzinst wurde, immerhin 1,24% weniger. Für die sogenannte kreative Buchhaltung, mit der die Schatzamtausweise den IWF-Auflagen angepasst werden, muss Argentinien den hohen Preis einer vermehrten Neuverschuldung sowie ebenfalls hoher Zinsen zahlen. Die Zinsen lasten auf der Wirtschaft wie eine gewaltige Hypothek, die nur unter Opfern bedient werden kann. Deutlicher als durch diese Finanzgeschäfte kann die Schatzamtmissere nicht verdeutlicht werden, eine Folge uferloser Schuldenmacherei, die die meisten Politiker im Land offenbar nicht beunruhigt.

Die neue Telefonregelung

Im November dieses Jahres läuft die Frist ab, während der die zwei Telefongesellschaften, Telefónica und Telecom, das Monopol für den Telefondienst hatten. Zwar wurde schon letztes Jahr ein Teil des Monopols eingeschränkt, indem andere Unternehmen für internationale Verbindungen zugelassen wurden. Auch hat die rasante Zunahme der Mobiltelefone, die etwa 40% der Festanschlüsse darstellen, die Monopolstellung gemildert. Der Monopolcharakter war notwendig, um die Rieseninvestitionen zu ermöglichen, die notwendig waren, um das bestehende System auszuweiten und technologisch vollständig zu erneuern. Argentinien ist auf diese Weise in den Genuss eines der modernsten

Telefonsysteme der Welt gekommen, was in der heutigen Welt die Voraussetzung für eine moderne und effiziente Wirtschaft überhaupt ist. Dies umso mehr, als nach 1990, als das staatliche Telefonunternehmen ENTEL privatisiert wurde, noch Internet hinzugekommen ist, das ein gut funktionierendes Telefonsystem voraussetzt.

Die Deregulierung, die dieser Monopolperiode folgt, ist im Wesen eine neue Regulierung, nämlich eine Rahmenordnung für ein Telefonsystem mit vielen beteiligten Unternehmen und so viel Konkurrenz wie möglich. Es sollen laut dem Staatssekretär für Fernverbindungen, Henocho Aguiar, eventuell 20 sein, gegen nur vier,

die gegenwärtig für diesen Dienst zugelassen sind, nachdem letztes Jahr zu den ursprünglichen zwei noch zwei weitere für den internationalen Dienst hinzugekommen sind. Telefonie war früher ein Musterbeispiel für ein „natürliches“ Monopol. Der technologische Fortschritt war auf diesem Gebiet so gross, dass man jetzt nicht mehr auf Kabel angewiesen ist, so dass Konkurrenz entsteht. Indessen soll es auch freien Zugang zum Kabelsystem geben.

Präsident De la Rúa hat am Sonnabend, knapp vor seiner Abreise nach den USA, das Dekret über die neue Telefonordnung unterzeichnet, die ab November gilt. Wer sich am Spiel beteiligen will, kennt jetzt die Spielregeln und

kann sich schon um die Zulassung bemühen und sofort investieren, um eventuell ab November mitzumachen. Aguiar sprach von Investitionen bis zu US\$ 5 Mrd., was wohl viel zu hoch gegriffen sein dürfte, nachdem schon insgesamt an die US\$ 20 Mrd. investiert worden sind und der Bedarf der Bevölkerung an Telefonie befriedigt ist. Aguiar erklärte, dass schon Projekte für US\$ 1,5 Mrd. gemeldet worden seien. Er rechnet jedoch damit, dass neue Anbieter zu erhöhter Konkurrenz und wesentlich niedrigeren Tarifen führen, so dass dann mehr gesprochen wird und sich der Telefondienst volumenmässig ausweitet. Ob damit wertmässig gesamthaft ein höherer Umsatz erreicht wird,

bleibt dahingestellt.

Die neue Regelung bezieht sich im Wesentlichen auf zwei Punkte:

a. Für die Verwendung der Kabelnetze der Gesellschaften Telecom und Telefónica, die diese Netze weiterhin instandhalten müssen, die für Dritte frei verfügbar sind, sollen sie 1,1 Centavos pro Minute erhalten. Die Firmen forderten mindestens 2 Centavos; aber Aguiar meint, dass der Verkehr derart zunehmen werde, dass sie mit einem niedrigeren Tarif auch auskommen. Wie dies funktionieren soll, ist nicht ganz klar; denn bei Glasfaserkabel können zahlreiche Gespräche gleichzeitig erfolgen, aber bei traditionellen Kupferkabeln eben nicht, so dass die Kapazität bald ausgelastet ist.

b. Um den Telefondienst in dünn besiedelten Gegenden zu erhalten und auszudehnen, soll ein Subventionssystem geschaffen werden. Die Konzessionsverträge mit Telecom und Telefónica sehen vor, dass sie diese Gegenden auch bedienen müssen, wobei sie den Verlust, der dabei entsteht, mit dem Gewinn in dicht bevölkerten Gebieten decken. Nachdem jene Verträge nicht mehr gelten und jene Gesellschaften ihre Monopolstellung verlieren, muss das Problem anders gelöst werden. Das Dekret sieht die Schaffung eines Fonds vor, der mit 1% des Umsatzes aller Telefongesellschaften gespeist wird. Dies ergibt immerhin rund \$ 100 Mio. pro Jahr, was bestimmt gestattet wird, in Patagonien, La Rioja u.a. armen oder wenig bevölkerten Gegenden ei-

nen ausreichenden Telefondienst einzuführen. Es bleibt zu hoffen, dass mit diesem Fonds keine unsinnigen Investitionen finanziert werden. Auf alle Fälle sollte es heutzutage, mit Satellitenverbindungen, nicht so teuer sein, auch die entlegensten Orte zu verbinden.

Durch die Liberalisierung sollen die Tarife für Ferngespräche, mit dem Ausland und auch im Inland, stark gesenkt werden, wobei Aguiar von bis zu 80% Verringerung spricht. Das ist für die Wirtschaft im Landesinneren sehr wichtig, da dann Tätigkeiten, die per Telefon verrichtet werden, vor Ort durchgeführt werden können, ohne dass sie prohibitiv teuer werden. Die Tarife für Stadtgespräche sollen auch etwas billiger werden, aber voraussichtlich nicht viel, auch wenn hier freie Konkurrenz besteht. Angeblich soll es möglich werden, bei Verwendung einer Vorwahlnummer die eine oder die andere Telefongesellschaft einzuschalten. Auch wurde schon ein Internetdienst angekündigt, durch den man jeweils erfährt, welche Tarife gelten, so dass Transparenz geschaffen wird. Wie dies alles in Wirklichkeit aussehen wird, werden wir ab November sehen.

Ausserdem soll das E-Mail stark ausgeweitet und auch verbilligt werden. Möglicherweise soll das Kabelsystem der Telefonunternehmen, sofern es auf Glasfaser übergeht, auch für Kabelfernsehen verwendet werden können, wobei dies die Möglichkeit bietet, Programme auf Bestellung zu erhalten. Das sind Zukunftsaussichten, die jedoch eventuell nicht weit entfernt sind.

Ende der Sonnenblume?

Der Preis für Sonnenblumensamen liegt gegenwärtig bei US\$ 300 je Tonne, gegen US\$ 600 1998 (als das Phänomen „La Niña“ eine starke negative Auswirkung auf die Palmölproduktion hatte, die normalerweise die Hälfte des Weltbedarfs an Speiseöl deckt) und um US\$ 500 Mio. in Jahren zuvor. Noch nie war die Differenz zur Sojabohne so gering. Das beruht darauf, dass auf der Welt Überschussproduktion an Speiseölen besteht, wobei dies mit einem starken Protektionismus einher geht. Die Sonnenblumensamen ergeben beim Mahlen über 50% Öl, Sojabohnen nur 18%, wobei aber hier eine hohe Produktion von proteinhaltigem Mehl entsteht, das eine gute Nachfrage hat. Der Preis für Sojabohnen wird demnach nur teilweise durch den Ölpreis bestimmt. Unter diesen Umständen nimmt die Aussaat von Sonnenblumen stark ab und droht ganz zu verschwinden, da die Landwirte auf Sojabohnen, andere Kulturen oder Rinderwirtschaft übergehen. Argentinien war auf diesem Gebiet auf der Welt, mit der Sowjetunion, einst führend.

Die Kammer der Industrie der Pflanzenöle (CIARA) hat eine Studie über die Zölle und anderen Einfuhrschranken durchgeführt, die in verschiedenen Ländern für Speiseöl gelten. Mexiko war einst ein grosser Importeur, erteilt jedoch seit seinem Eintritt in die NAFTA keine Importlizenzen. Diese werden durch Ausschreibung zugeteilt, wobei die Gewinner jedoch nicht importieren. Auch wird argentinischen Unternehmen nicht gestattet, sich in Mexiko an diesen Ausschreibungen zu beteiligen. Kolumbien und Venezuela haben einen spezifischen Zoll für Speiseöl in Flaschen oder anderen Behältern, die direkt für den Konsumenten bestimmt sind, eingeführt, der ausgedrückt in Prozenten auf 150% gelangt. In Chile liegt der gleiche Zoll bei 60%, wobei dieses Land kaum Ölsaaten erzeugt. In der Ukraine liegt der

Zoll für Speiseöl bei 50%, in China bei 40%, in Indien bei 42%, in Thailand bei 30%, in Japan bei 29% und in Taiwan bei 24%. Das gleiche Produkt kann in Argentinien mit nur 23% Zoll eingeführt werden. Für Ölsamen sind die Zölle wesentlich geringer, oft nur von 3%, so dass besonders die Ölindustrie geschädigt wird.

Abgesehen davon, ist die Palmölproduktion weltweit in den letzten fünf Jahren von 16 auf 22 Mio. Tonnen gestiegen, und die USA subventionieren die Sojabohne, weil der Preis niedrig ist, womit eine hohe Produktion aufrecht erhalten wird. Ausserdem wurde in den USA gestattet, Land für den Anbau von Sojabohnen zu verwenden, wobei sich die Farmer verpflichtet haben, es brach zu lassen, nachdem sie eine Subvention dafür erhalten hatten.

Im Präsidentsamt wurde jetzt ein Unterstaatssekretariat geschaffen, das sich mit diesen und anderen Aussenhandelsproblemen befassen soll. Das Amt wurde mit Paola Cocciaglia besetzt. Eigentlich sollte sich das Sekretariat für internationale Wirtschaftsbeziehungen im Aussenamt, besetzt von Horacio Chighizola, mit diesen Fragen beschäftigen. Offensichtlich will sich Präsident De la Rúa persönlich mit dieser Problematik befassen. Die Kammer der Ölindustrie hat hier schon ihr Memorandum eingereicht. Jetzt muss gehandelt werden, indem dieser Problembereich zunächst bei der Welthandelsorganisation vorgelegt wird, dann in bilateralen Gesprächen, und schliesslich Retaliationsmassnahmen (Sonderzölle auf ausgewählte Produkte des Landes, das Argentinien mit unzulässigen Importrestriktionen schädigt) getroffen werden. Ölsaaten und Speiseöle stellen die wichtigste Exportsparte Argentiniens dar, das auf diesem Gebiet besonders leistungsfähig ist, so dass diese Diskriminierung nicht einfach übersehen werden kann.

Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
Total '98	26.441	(26.430)	31.404	(30.450)	-4.968	(-4.020)
1999						
März	1.999	(2.240)	2.078	(2.694)	-79	(-454)
April	2.037	(2.490)	1.874	(2.756)	163	(-276)
Mai	2.233	(2.572)	1.931	(2.626)	302	(-54)
Juni	2.136	(2.625)	2.214	(2.823)	-78	(-198)
Juli	1.940	(2.362)	2.280	(3.027)	-340	(-665)
August	2.088	(2.367)	2.333	(2.741)	-245	(-374)
September	1.886	(2.298)	2.237	(2.661)	-351	(-363)
Oktober	1.906	(2.015)	2.220	(2.591)	-314	(-576)
November	1.954	(1.892)	2.297	(2.457)	-343	(-565)
Dezember	2.050	(1.931)	2.314	(2.178)	-264	(-274)
Total '99	23.309	(26.441)	25.538	(31.404)	-2.229	(-4.968)
2000						
Januar	1.761	(1.549)	1812	(1.906)	-31	(-357)
Februar	1.771	(1.529)	1.909	(1.855)	-138	(-326)
März	2.153	(1.992)	2.126	(2.078)	27	(-86)
April	2.329	(2.031)	1.903	(1.874)	426	(157)
4 Mon.'00	8.014	(7.101)	7.750	(7.743)	264	(-642)

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. 0= Vorjahr